



Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Stephan Brandner
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kerstin Griese

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-1070

FAX +49 30 18 527-2479

E-MAIL buero.griese@bmas.bund.de

Berlin, 6. November 2019

**Fragestunde des Deutschen Bundestages am 6. November 2019;
BT-Drucksache 19/14662, Frage Nr. 19**

Anlage: - 1 -

Sehr geehrter Herr Kollege,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Fragestunde des Deutschen Bundestages am 6. November 2019

BT-Drucksache 19/14662, Frage Nr. 19

des Abgeordneten Herrn Stephan Brandner, AfD

Frage Nr. 19:

Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Übergriffe auf Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter seit dem Jahr 2013 entwickelt, und welche Kosten entstehen jährlich seit dem Jahr 2013, um gegen diese Übergriffe vorzugehen (bitte nach Jahresschreibern auflisten)?

Antwort:

Die Zentrale der Bundesagentur für Arbeit wird in der Regel nur über besonders schwere Notfallsituationen informiert. Das sind Fälle, bei denen Beschäftigte verletzt wurden oder wenn Bombendrohungen eingehen. Ob und in welcher Art Übergriffe oder Bedrohungslagen statistisch erfasst werden, ist unterschiedlich.

Die Bundesagentur für Arbeit hat für den Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 15. Oktober 2019 in den Agenturen für Arbeit und Jobcentern 22 Übergriffe registriert, darunter ein Todesfall und 21 Körperverletzungen. Daneben gab es 30 Fälle, bei denen Gewalt angedroht wurde, 14 Bombendrohungen und 15 Fälle mit Sachschaden.

Der Bundesregierung liegen Erkenntnisse zu den Kosten, die für Kontrolle und Sicherheit in Jobcentern entstanden sind, nur in den Fällen vor, in denen eine gemeinsame Einrichtung die Serviceleistung „Gebäudemanagement“ bei der Bundesagentur für Arbeit eingekauft hat. Zusammen mit den Kosten für Kontrolle und Sicherheit bei den Agenturen für Arbeit beliefen sich die Kosten im Jahr 2018 auf rund 35,27 Millionen Euro.

Informationen über Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den zugelassenen kommunalen Trägern liegen der Bundesregierung nicht vor.